

Studie: Bevölkerung unterstützt Klimaschutz eher, wenn auch andere Länder investieren



Internationale Klimaabkommen sind nicht nur wichtig, um weltweit Kohlendioxid zu reduzieren, sie lohnen sich auch aus innenpolitischer Sicht / Veröffentlichung in "Nature Communications"

Menschen sind eher bereit, Kosten für Klimaschutzmaßnahmen mitzutragen, wenn sich andere Länder ebenfalls engagieren. Das zeigt eine Studie von Professor Dr. Michael Bechtel, Mitglied des Exzellenzclusters ECONtribute (Universität zu Köln), Professor Dr. Kenneth Scheve (Yale University) und Elisabeth van Lieshout (Stanford University). Die Studie ist in der Fachzeitschrift Nature Communications erschienen.

Die Forschenden haben in repräsentativen Feldstudien untersucht, ob es von der Klimapolitik im Ausland abhängt, wie sehr die eigene Bevölkerung kostspielige Klimaschutzmaßnahmen befürwortet. Das Ergebnis: Beteiligen sich andere Länder, so steigt die innenpolitische Unterstützung für die Einführung einer CO₂-Steuer, weil diese dann als fairer und effektiver erachtet wird. Das Team befragte im Frühjahr 2019 insgesamt 10.000 Bürger:innen aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA. Die Teilnehmenden sollten unter anderem angeben, wie sehr sie die Einführung einer CO₂-Steuer unterstützten oder ablehnten. 60 Prozent der Befragten befürworteten die Steuer, wenn auch andere Länder eine solche einführten. Gab es jedoch im Ausland keine Steuer, stimmten nur 53 Prozent zu. "Wir stellen auch fest, dass Menschen bei einer internationalen Einbettung innenpolitischer Klima-Maßnahmen eher glauben, dass diese Reformen sich positiv auf soziale, wirtschaftliche, und ökologische Nachhaltigkeitsziele auswirken", sagt Michael Bechtel.

In einer zweiten Untersuchung gingen die Forschenden der Frage nach, ob die Kosten des Klimaschutzes innenpolitisch breiter akzeptiert würden, wenn andere Länder ehrgeizigere und somit kostenintensivere Maßnahmen etablierten. Sie befragten die Teilnehmenden, unter welchen Umständen sie steigenden Kosten für CO₂-Emissionen zustimmen würden. Stiegen die monatlichen Haushaltskosten von einem niedrigen auf ein höheres Niveau an, im Falle Deutschlands zum Beispiel von monatlich 39 auf 77 Euro pro Haushalt, so sank die Unterstützung um sieben Prozentpunkte, wenn der CO₂-Preis im Ausland niedrig blieb. Wurde der Betrag jedoch auch im Ausland angehoben, sank die Zustimmung für einen höheren CO₂-Preis im eigenen Land durchschnittlich nur um nur etwa fünf Prozentpunkte. "Auch wenn steigende Kosten klimapolitische Maßnahmen unpopulärer machen, ist die Bevölkerung doch eher bereit, eine höhere Kostenlast zu akzeptieren, wenn andere ebenfalls mehr tun", erläutert Bechtel.

Klimaschutzmaßnahmen im Ausland spielen laut der Studie somit eine entscheidende Rolle für die politische Unterstützung kostenintensiver Klimapolitik im eigenen Land. "In funktionierende internationale Abkommen zu investieren, lohnt sich also nicht nur aus naturwissenschaftlicher, sondern auch aus politischer Sicht", so Bechtel.

ECONtribute ist der einzige von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderte Exzellenzcluster in den Wirtschaftswissenschaften, getragen von den Universitäten in Bonn und Köln. Der Cluster forscht zu Märkten im Spannungsfeld zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Ziel ist es, Märkte besser zu verstehen und Marktversagen in Zeiten sozialer, technologischer und wirtschaftlicher Herausforderungen - wie zunehmender Ungleichheit, globalen Finanzkrisen und Digitalisierung ? mit einer neuen Herangehensweise zu analysieren.

Publikation

<https://www.nature.com/articles/s41467-022-33830-8>